



Landtag von Baden-Württemberg

4. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 21. Juni 2006 • Haus des Landtags

Beginn: 10:02 Uhr

Schluss: 11:38 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	35
Glückwünsche zum Geburtstag der Frau Staatssekretärin Friedlinde Gurr-Hirsch	35
Regierungserklärung des Ministerpräsidenten	36
Ministerpräsident Günther Oettinger	36
Nächste Sitzungen	52

Protokoll

über die 4. Sitzung vom 21. Juni 2006

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 4. Sitzung des 14. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Krank gemeldet ist Frau Abg. Queitsch.

Heute hat Frau Kollegin Gurr-Hirsch Geburtstag. Im Namen des ganzen Hauses gratuliere ich Ihnen sehr herzlich und wünsche Ihnen alles Gute.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Eine Zusammenstellung der **E i n g ä n g e** liegt Ihnen vervielfältigt vor. – Sie nehmen davon Kenntnis und stimmen den Überweisungsvorschlägen zu.

*

Im Eingang befinden sich:

1. Mitteilung des Finanzministeriums vom 12. April 2006 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, DS 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, DS 6/3910 Ziff. II Nr. 6); Bericht für das Jahr 2005 – Drucksache 13/5228

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

2. Mitteilung der Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland (ARD) vom 13. April 2006 – Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Landesrundfunkanstalten der ARD – Drucksache 13/5229

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

3. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 6. April 2006, Az.: 2 BvR 38/06 – Verfassungsbeschwerde gegen 2 strafgerichtliche Entscheidungen wegen Doppelbestrafung

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

4. Mitteilung des Deutschlandradios vom 28. April 2006 – Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des Deutschlandradios – Drucksache 13/5236

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

5. Mitteilung des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) vom 9. Mai 2006 – Information der Landesparlamente über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des ZDF – Drucksache 13/5241

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

6. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Mai 2006, Az.: 1 BvR 2270/05 – Verfassungsbeschwerde der ARD-Landesrundfunkanstalten gegen die Festsetzung der Rundfunkgebühr im Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

7. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Mai 2006, Az.: 1 BvR 809/06 – Verfassungsbeschwerde des ZDF gegen die Festsetzung der Rundfunkgebühr im Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

8. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 9. Mai 2006, Az.: 1 BvR 830/06 – Verfassungsbeschwerde des Deutschlandradios gegen die Festsetzung der Rundfunkgebühr im Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

9. Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Mai 2006, Az.: 2 BvR 556/04 – Verfassungsbeschwerde des Herrn P. S. aus München wegen Beschränkung der sog. Ballungsraumzulage für Beamte nach dem bayerischen Besoldungsrecht bis zur Bes.Gr. A 10

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

10. Schreiben des Justizministeriums vom 26. Mai 2006 – Ausschuss zur Wahl der ehrenamtlichen Finanzrichter beim Finanzgericht Baden-Württemberg in Stuttgart; hier: Wahl der Vertrauensleute und deren Vertreter durch den Landtag (§ 23 Abs. 2 FGO)

Überweisung an den Ständigen Ausschuss mit dem Auftrag, die Wahl der Vertrauensleute durchzuführen

11. Mitteilung der Landesregierung vom 29. Mai 2006 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen (Staatsvertrag ZVS) – Drucksache 14/5

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

12. Antrag der Landesregierung vom 6. Juni 2006 – Änderung der Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien – Drucksache 14/3

Überweisung an den Ständigen Ausschuss

13. Mitteilung der Landesregierung vom 9. Juni 2006 – Information über Staatsvertragsentwürfe; hier: Entwurf des Neunten Staatsvertrages zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Neunter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) – Drucksache 14/6

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

(Präsident Peter Straub)

14. Mitteilung des Finanzministeriums vom 12. Juni 2006 – Vierteljährliche Unterrichtung über Steuereingänge und Staatsausgaben (Beschlüsse des Landtags vom 15. März 1973, DS 6/1993, und vom 20. Dezember 1973, DS 6/3910 Ziff. II Nr. 6); Haushaltsjahr 2006 (Januar – März) – Drucksache 14/7

Kenntnisnahme, keine Ausschussüberweisung

*

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe den **einzigsten Punkt** der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Ich erteile Herrn Ministerpräsidenten Oettinger hierzu das Wort.

Ministerpräsident Günther Oettinger: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Die Wählerinnen und Wähler haben bei der Landtagswahl die Politik der Landesregierung bestätigt und CDU und FDP/DVP einen klaren Regierungsauftrag erteilt. Mit meiner Wahl zum Regierungschef und der Bestätigung der Landesregierung zeigen CDU und FDP/DVP, dass sie den Auftrag der Wählerinnen und Wähler geschlossen annehmen. Wir wollen unser Land mit verantwortungsvollen und mutigen Entscheidungen in die Zukunft führen.

Dabei ist Politik für mich ein Mannschaftsspiel. Dass Baden-Württemberg im Ländervergleich ganz vorne steht, ist ein gemeinsamer Erfolg. Die Regierung wird auch weiterhin mit allen gesellschaftlichen Kräften an einem Strang ziehen. Ein fruchtbarer Dialog, der von gegenseitigem Respekt getragen ist, und die Fähigkeit, zuzuhören, werden für mich auch in Zukunft die Grundlage unserer Entscheidungsfindung sein. Ich stehe zu diesem Stil. Ich möchte damit auch diejenigen gewinnen, die im März als Nichtwähler auf die Wahrnehmung ihrer Mitwirkungsrechte verzichtet haben, aber für Baden-Württemberg wichtig sind. Ich bitte Sie alle: Helfen Sie mit, dass unser Land auch in Zukunft die Lokomotive Deutschlands bleibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir stehen vor großen Herausforderungen. Wenn wir uns alle gemeinsam anstrengen, können wir sie lösen. Leistungsbereitschaft und Solidarität sind gefragt – Tugenden, die uns in Baden-Württemberg Gott sei Dank nicht fremd sind.

Im April letzten Jahres habe ich meine erste Regierungserklärung hier vorgelegt und meinen umfassenden Fahrplan unserer Arbeit aufgezeigt. Diesen Fahrplan haben wir mittlerweile in der Koalitionsvereinbarung weiter konkretisiert. Er gilt nach wie vor uneingeschränkt. Deshalb werde ich heute kein detailliertes Panorama von Einzelmaßnahmen vorstellen. Vielmehr möchte ich zentrale Ziele und Strategien benennen, die wir in dieser Wahlperiode als Regierung im Parlament vortragen und umsetzen möchten.

Meine Damen und Herren, es wäre für mich politisch weit aus einfacher, wenn ich hier ausführen könnte, wo wir als Regierung in den nächsten Jahren überall zusätzliche Mittel einsetzen wollen. Auch mir wäre es lieber, wenn ich verkünden könnte, dass die Bürgerinnen und Bürger weiterhin

all die staatlichen Leistungen erhalten, an die wir uns seit Jahrzehnten gewöhnt haben. Dass Subventionen und Förderungen weiterhin Bestand hätten, wäre der einfachere Weg.

Aber auf diesem bequemen Weg würde ich meiner Verantwortung für unser Land nicht gerecht werden. Das wichtigste Ziel in der neuen Legislaturperiode ist die Sanierung des Landesetats.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ohne ausgeglichenen Haushalt ist eine zukunftsfähige Politik nicht mehr möglich. Deshalb hat der Schuldenabbau für mich absolute Priorität gegenüber allen anderen noch so wichtigen Einzelmaßnahmen. Dies stelle ich in unserer Arbeit voran.

Mit der „Rasenmähermethode“ allein kann man dieses Ziel nicht erreichen. Wir müssen auch bereit sein, uns von einzelnen Programmen und Aufgaben ganz zu trennen. Aus allen Aktivitäten, die andere besser oder billiger erledigen können, wird und muss das Land sich mittelfristig zurückziehen.

Wir brauchen nicht mehr, sondern weniger Staat – aber an den richtigen Stellen. Wir sind deshalb zu einer konsequenten Aufgabenkritik bereit. Im Koalitionsvertrag haben wir die Bildung einer „Strukturkommission für Aufgabenkritik und Haushalt“ beschlossen. Sie wird in den nächsten Tagen mit ihrer Arbeit beginnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Alle staatlichen Aufgaben auf allen Verwaltungsebenen werden überprüft. Dabei werden erstmals Erkenntnisse aus dem Controlling und der Kosten- und Leistungsrechnung einfließen.

Es ist nicht sinnvoll, dass sich unterschiedliche Stellen parallel mit den gleichen Aufgaben beschäftigen. Deshalb wird die Regierung die Schaffung einer gemeinsamen Service- und Behördeneinrichtung für öffentliche Stellen vorschlagen und hier vorschlagen. Wir wollen die Bündelung von Dienstleistungen aus einem Guss.

Das gilt auch für die Zusammenarbeit zwischen den Ministerien, wo ich noch erhebliche Effizienzreserven sehe. Brauchen wir wirklich in jedem Ministerium eine Abteilung I heutigen Zuschnitts in vollem Umfang: Personal, Haushalt, Budget- und Sachmittelverantwortung? Die ressortübergreifende Bündelung von Sachverstand wäre hier ein neuer Weg. Wir sollten untersuchen, ob die Querschnittsaufgaben der Ministerien des Landes in einer zentralen Stelle für Personal und Haushalt zusammengeführt oder zum Teil auch ausgelagert und privat erbracht werden können.

Durch eine – auch länderübergreifende – Wahrnehmung fachlicher Aufgaben werden wir konsequent Ressourcen einsparen, ohne auf Qualität zu verzichten. Wir wollen verstärkt den Verbund mit unseren Nachbarländern im Südwesten Deutschlands suchen.

Erhebliche Einsparpotenziale sehe ich bei Beratungsleistungen, die vom Land gefördert oder gar selbst erbracht werden. In Zukunft können wir als Land keine weiteren, keine neuen Beratungsaufgaben mehr übernehmen. Das be-

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

stehende Beratungsangebot werden wir straffen. Wir werden prüfen, wo Aufgaben an die private Wirtschaft oder an gesellschaftliche Partner abgegeben werden können.

Oder nehmen Sie die technischen Prüfungen: Das Land braucht auch in Zukunft als Verwaltung und Auftraggeber von Leistungen ein Mindestmaß an eigenem technischem Know-how – aber eben nur ein Mindestmaß. Alles, was darüber hinausgeht, kann im Rahmen von öffentlich-privater Partnerschaft erbracht oder völlig an die private Wirtschaft übergeben werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich will ganz konkret die Frage stellen, wie viele Ebenen wir uns eigentlich für die Überprüfung von Behördenentscheidungen noch leisten können. Ist es wirklich nötig, dass nahezu jede Behördenentscheidung zunächst im Widerspruchsverfahren ein zweites Mal umfassend aufgerollt wird, bevor dann zwei Gerichtsinstanzen bemüht werden können? Was im Zivilrecht an Straffung möglich ist, muss auch im Verwaltungsrecht an Straffung möglich sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Diese Ablaufstrukturen will ich hier im Landtag mit Ihnen in Offenheit diskutieren, und zwar nicht auf der Ebene des Wünschbaren, sondern allein vor dem Hintergrund der Frage: Was können wir uns finanziell noch leisten, und was ist in einem Rechtsstaat als Mindestmaß zwingend erforderlich?

Oder nehmen wir die Berichtspflichten der Behörden untereinander: Was hier an Dokumenten bewegt wird, hat in vielen Fällen den wirtschaftlichen Wert von Altpapier. Das will ich auch kritisch zu dem einen oder anderen Bericht sagen, zu dem dieses hohe Haus uns seit Jahrzehnten regelmäßig zwingt.

Generell gilt: Wir werden alle Bereiche der Landesverwaltung auf ihre Effizienz hin durchforsten. Das heißt zum Beispiel, dass wir die innerorganisatorischen Abläufe im Hochschul- und Schulbereich und bei der Polizei sowie auch das NSI-Projekt unter dem Aspekt der Optimierung und Einsparung überprüfen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Dies sind nur einige wenige Beispiele für Möglichkeiten zum Aufgabenabbau, die wir in den kommenden Monaten aufgreifen und zügig angehen werden.

Im Vorgriff auf die Arbeit der „Strukturkommission für Aufgabenkritik und Haushalt“ haben wir im Koalitionsvertrag bereits einige wesentliche Eckpunkte für weitere Einsparungen festgeschrieben. So werden wir alle Kürzungen und Einsparungen, die im Doppelhaushalt 2005/06 bereits realisiert wurden, auch in den kommenden Haushaltsjahren fortführen. Alle finanzwirksamen Programme mit Steigerungsraten werden wir auf dem Stand der Haushaltsjahre 2005/06 deckeln. Damit werden wir die mittelfristige Finanzplanung unterschreiten und Einsparpotenziale vorlegen. Zusätzlich wollen wir alle freiwilligen oder auf Landesrecht beruhenden

Leistungen ab dem Doppelhaushalt 2007/08 grundsätzlich um 5 % kürzen. Wo dies unterbleiben soll, sind entsprechende Beweise notwendig. Im Regelfall gilt, dass um 5 % gekürzt wird.

Soweit die kommunale Finanzmasse betroffen ist, wird das Land Kürzungen in einer – auch rechtlich – gestärkten Finanzverteilungskommission neu verhandeln. Ich freue mich, dass die Zeichen für eine einvernehmliche Lösung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen nicht schlecht stehen. Die Kommunen sind auch selbst gefordert, zur Kosteneinsparung neue Wege der Kooperation zu gehen. Jede Form der Kooperation bis hin zu neuen Gebietsgrenzen werden wir dabei unterstützen.

Darüber hinaus hat der Ministerrat Anfang Juni eine Ausgabenperre beschlossen. Vor dem Hintergrund der Risiken im Haushaltsvollzug haben wir uns dazu verpflichtet, im laufenden Jahr eine zusätzliche globale Minderausgabe von 70 Millionen € zu erwirtschaften.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Alles Rasenmäher! – Abg. Ute Vogt SPD: Mähdrescher!)

Viel wichtiger aber: Alle haushaltsrelevanten Festlegungen für die Folgejahre werden einer strengen Prüfung unterzogen.

(Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Daher haben wir in wesentlichen Bereichen die Wahrnehmung von Verpflichtungsermächtigungen für die Haushalte der Jahre 2007 ff. bis auf weiteres auf Eis gelegt, damit der Handlungsspielraum für Einsparungen bei den Haushaltsberatungen so groß ist, wie er nur sein kann.

Die Botschaft all dieser Maßnahmen zu Beginn der Legislaturperiode lässt sich auf einen einfachen Nenner bringen: Auch bei steigendem Druck muss der Deckel auf dem Kessel bleiben. Wir wollen die Nettonull bis 2011 schaffen. Es wird in Zukunft nicht mehr Geld geben. Im günstigsten Fall werden wir den Status quo durch Solidarpakte wie bei den Hochschulen und beim Sport fortschreiben. In vielen anderen Fällen werden wir die Mittel zurückfahren. Die Debatten darüber werden im September und im Oktober in der Regierung, in den Regierungsfractionen und schließlich im Landtag zu führen sein.

Wir haben keinen Spielraum für Mehrausgaben. Andererseits werden wir auch in Zukunft politisch gestalten wollen, neue Schwerpunkte setzen wollen, neue Projekte auf den Weg bringen wollen. Ich denke an den Bereich „Bildung und Betreuung“. Jeder Euro, der dafür neu benötigt wird, wird an anderer Stelle im Haushalt einzusparen sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir machen uns zunächst an die Haushaltskonsolidierung und dann an die Suche nach Ausgleichsmöglichkeiten für die Finanzierung anderer, neuer und wichtiger Maßnahmen, damit im Land in Zukunft nicht nur Einsparungen, sondern auch noch Impulse möglich sind.

Wir werden auch die Förderleistungen des Landes, die Subventionen, systematisch auf den Prüfstand stellen. Dabei

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

stellen wir uns darauf ein, dass Programme gekürzt oder auch gestrichen werden. Die teuersten Fördermaßnahmen sind diejenigen, die ihr Ziel nicht erreichen. Wir werden daher ein aussagekräftiges Fördercontrolling aufbauen. Allein daraus erwarten wir eine Effizienzrendite in der Größenordnung von 5 %. Durch eine stärkere Konzentration der Förderaktivitäten in den Ressorts können wir flexibel auf neue Herausforderungen reagieren. Idealziel ist: Nur noch ein Förderbudget pro Fachbereich mit einem festen Finanzrahmen. Entsprechend den jeweiligen politischen Schwerpunkten wollen wir so Jahr für Jahr bei der Umschichtung flexibler sein.

Auch zwischen den Ressorts brauchen wir mehr Flexibilität. Wenn der Landtag zum Beispiel sagen sollte, der Straßenbau habe Vorrang, müssten gegebenenfalls auch der Hochbau, die Städtebauförderung und das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum einen Beitrag zur zeitweisen Erfüllung der Priorität Straßenbau leisten.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Umgekehrt!)

Ich fordere eine ressortübergreifende Flexibilität bei Ausgabenneutralität zur Erfüllung unserer Prioritäten ausdrücklich ein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Äußerst trivial, oder?)

Etwa die Hälfte des Haushalts entfällt auf den Personalbereich. Schon heute ist absehbar, dass diese Ausgaben in den kommenden Jahren durch immer höhere Pensionskosten massiv ansteigen werden. In den nächsten 19 Jahren steigen die jährlichen Pensionskosten von heute 3,2 Milliarden € auf 7 Milliarden €. Damit stehen in knapp 20 Jahren mehr als doppelt so hohe Pensionskosten an.

Diese Entwicklung wird aus meiner Sicht auch Auswirkungen auf die Beamtenversorgung haben. Ich kann weder weitere Nullrunden noch andere Maßnahmen ausschließen. Aber ich kündige an, dass alle Maßnahmen mit den Betroffenen, den Personalräten, dem Beamtenbund, den Gewerkschaften besprochen werden, bevor hier im Landtag entschieden wird.

Eine schrittweise Verlängerung der Lebensarbeitszeit auf 67 Jahre bei Beamten ist aber unumgänglich. Sofern uns der Bund im Rahmen der Föderalismusreform dafür die Kompetenz gibt, werden wir noch in dieser Legislaturperiode die entsprechenden Weichenstellungen vornehmen.

Im Schulbereich wollen wir einen Teil der Einsparungen, die wir durch die Verlängerung der tatsächlichen Lebensarbeitszeit, durch eine längere „Mitnahme“ von Lehrern, durch Vermeidung von Dienstunfähigkeit oder zumindest deren verzögerten Eintritt, erreichen, in Weiterbildung, Supervision, Arbeits- und Gesundheitsschutz stecken. Das heißt, wir schließen einen Pakt mit den Beamten, auf dessen Grundlage durch Weiterbildung und durch Schulung eine längere tatsächliche Lebensarbeitszeit erreicht werden soll.

Ich kann mir dabei die Einführung eines persönlichen Fortbildungsportfolios für jeden Lehrer und jeden Beamten vorstellen. Ziel muss sein, die Zahl derer zu verringern, die

sich schon vor dem Erreichen ihres Pensionsalters ausgebrannt fühlen und in die Dienstunfähigkeit gehen.

Um die dramatisch anwachsenden Pensionslasten abfedern zu können, streben wir die Bildung einer Pensionsrücklage an. Die Finanzierung muss dabei haushaltsverträglich dargestellt werden. Einsparungen, die wir zum Beispiel durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit erwirtschaften, können wir in einen solchen Rücklagenfonds für die „Untertunnelung“ des Berges an künftigen Pensionskosten sinnvoll investieren.

Beamtinnen und Beamte sollen die Möglichkeit erhalten, eine private Altersvorsorge aufzubauen und dabei die steuerliche Förderung im Rahmen der Entgeltumwandlung zu nutzen.

Neben all diesen Maßnahmen im Bereich der Altersversorgung ist aber auch ein weiterer Stellenabbau unvermeidbar.

Wir wollen nicht über die 41-Stunden-Woche für Beamte hinausgehen. Wir sagen den Beamten ausdrücklich zu: Die Wochenarbeitszeit hat ihr Höchstmaß erreicht.

(Abg. Ute Vogt SPD: Ja!)

Dabei muten wir den Beamten einiges zu. Dies ist zumutbar. Andere Länder haben gleichgezogen, wieder andere Länder haben eine höhere Wochenarbeitszeit. Wir halten an unserer Wochenarbeitszeit und auch an den Deputaten für die Lehrer unverändert fest.

Für Angestellte konnte mit dem Tarifvertrag zwischen ver.di und der Tarifgemeinschaft deutscher Länder ein erster Schritt zur Angleichung der Arbeitszeiten erreicht werden. Mittelfristig müssen wir hier noch weiterkommen. 39,3 Stunden sind besser als 38,5 Stunden. Aber 40 Stunden sind auch für Angestellte im Regelfall zumutbar. Deswegen werden auch künftige Tarifverhandlungen von der Wochenarbeitszeit geprägt sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Bei den Besoldungsanpassungen des Tarifvertrags sagen wir unseren Beamten unseren Einsatz für eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung der Erhöhungen auf den Beamtenbereich zu.

Die Altersversorgung der Regierungsmitglieder werden wir in dieser Legislaturperiode neu ordnen. Ziel sind die Absenkung des derzeitigen Versorgungsniveaus und die Stärkung der Eigenverantwortung. Im Gegenzug könnten die Aktivgehälter auch im Ländervergleich moderat erhöht werden. Eine vollständige Kompensation für die Kürzungen im Alter wird es dabei allerdings nicht geben.

Um die Kosten der politischen Führung zu senken, wollen die beiden Regierungsfractionen – das begrüße ich ausdrücklich – alsbald über die Zahl der Mandate und der Wahlkreise beraten und eine entsprechende Verringerung vornehmen. Ich halte auch dies für ein Zeichen an unsere Bevölkerung.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Hättet ihr besser mal die Zahl eurer Staatssekretäre reduziert!)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Baden-Württemberg ist auf dem Weg zum „Kinderland Nummer 1“.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Trotz SPD! – Abg. Reinhold Gall SPD: Jeglicher Beweis fehlt da! Jeglicher!)

In keinem anderen Bundesland werden mehr Kinder geboren als bei uns.

(Zurufe der Abg. Ursula Haußmann SPD und Dr. Ulrich Noll FDP/DVP)

In keinem anderen Land ist der Altersdurchschnitt niedriger und die Lebenserwartung höher als bei uns. Gewiss: Der demografische Wandel macht auch vor Baden-Württemberg nicht Halt. Aber er trifft uns später und weniger hart. Wir müssen alles dafür tun, dass Baden-Württemberg durch viele neu geborene Kinder ein junges und vitales Land bleibt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der demografische Wandel ist ein Thema, das praktisch alle Handlungsfelder der Politik betrifft. Wir werden deshalb in Zukunft stärker als bisher fachübergreifende Konzepte entwickeln müssen, und zwar gemeinsam mit unseren Partnern: den Kommunen, den Verbänden und den Kirchen im ganzen Land.

Wir wollen uns an der Lebenssituation der Menschen und den Bedürfnissen unterschiedlicher Altersgruppen orientieren. Deshalb brauchen wir in der Politik einen Paradigmenwechsel hin zu einem Denken in Lebenszusammenhängen. Wir brauchen also keine „Schulpolitik“ mehr, sondern „Politik für Familien, Kinder und Jugendliche“.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

nicht mehr nur „Rentenpolitik“, sondern „Politik für ältere Menschen insgesamt“.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie des Abg. Gundolf Fleischer CDU)

Diese Lebensverlaufsperspektive, die ich als Konsequenz aus dem demografischen Wandel sehe, zieht sich auch wie ein roter Faden durch unsere Politik.

Der erste und der beste Erfahrungsraum eines jungen Menschen ist Gott sei Dank noch immer die Familie. Deshalb wird die Regierung auch in Zukunft alles tun, damit Familien ideell, materiell und finanziell gestärkt in die Zukunft gehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Baden-Württemberg hat nicht nur die höchste Geburtenrate. Wir haben auch eine der höchsten Frauenerwerbsquoten in ganz Deutschland.

(Abg. Norbert Zeller SPD: Und die „meisten“ Frauen in der Regierung!)

Dies zeigt, dass wir beim Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ auf einem guten Weg sind. Aber wir geben

uns damit nicht zufrieden. Wir wissen, dass viele Familien auf zwei Arbeitseinkommen angewiesen sind und viele Frauen nach einer Kinderpause die Rückkehr ins Erwerbsleben anstreben und zurück in den Beruf wollen oder müssen. Und wir wissen auch, dass die Wirtschaft auf die Fähigkeiten gut qualifizierter junger Frauen nicht verzichten kann.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Auch älterer!)

Deshalb sind die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Ausbau der Betreuungsangebote für die Kinder aller Altersgruppen ein zentraler Baustein unseres Projekts „Kinderland Baden-Württemberg“.

Die Bundesregierung hat das Thema erkannt.

(Heiterkeit der Abg. Ute Vogt SPD)

Das Elterngeld kommt auf uns zu. Die Landesregierung wird dem Landtag alsbald Vorschläge machen, wie unsere Konzepte, unser Erziehungsgeld und unsere Betreuungsangebote kompatibel zum Elterngeld für alle Kleinst- und Kleinkinder in Baden-Württemberg aus- und umzubauen sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Wie jetzt? – Gegenruf des Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Es wird umgeschichtet!)

Es wird auch in Zukunft Eltern geben, für die die Geburt eines Kindes trotz aller Hilfen eine große finanzielle Belastung darstellt. Wir dürfen diese Menschen nicht im Stich lassen. Deswegen nehmen wir zwar Modifikationen beim Landeserziehungsgeld vor, aber das Ziel des Programms – die Unterstützung der finanziell schwächsten Familien und der Familien mit besonderen Belastungen – werden wir in den nächsten fünf Jahren unverändert als Teil der Landespolitik in Baden-Württemberg haben. Wir halten an diesem Programm im Grundsatz unverändert fest.

Bei der Kinderbetreuung setzen wir auf Wahlfreiheit. Familien, in denen Mutter oder Vater die Kinder zu Hause erziehen, werden wir auch in Zukunft entsprechend ihren Bedürfnissen tragen, unterstützen und fördern. Wir glauben, dass Eltern, die sich dafür entscheiden, für ihre Kinder da zu sein, auch in Zukunft in der Mitte der Gesellschaft stehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Parallel dazu sehen wir, akzeptieren wir und fördern wir es, wenn eine Mutter oder ein Vater erwerbstätig bleibt oder wieder erwerbstätig wird. Hier wollen wir die Betreuungsangebote flächendeckend nach Bedarf für alle Altersgruppen so ausbauen, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Baden-Württemberg die zentrale Entwicklung der nächsten Jahre ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Hört, hört!)

Bei der Schaffung von Betreuungsangeboten sind wir offen für Ansätze und Partnerschaften mit den Kommunen, den

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Kirchen und den freien Trägern, mit Elterninitiativen und freien Gruppen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ich begrüße ausdrücklich auch das wachsende Engagement der Wirtschaft auf diesem Gebiet. Ein Arbeitgeber hat für seine Arbeitnehmer eine Gesamtverantwortung. Ein kluger Arbeitgeber richtet betriebsnahe oder Betriebskindergärten ein, damit er dadurch in Zukunft noch attraktiver für seine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird, indem er die Nähe der Kinder zu den Eltern gewährleistet.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich fordere die Wirtschaft ausdrücklich zu einem steigenden Engagement in diesem Bereich auf.

Das Land wird hier als Arbeitgeber mit gutem Beispiel vorangehen. Wir wollen Modellprojekte von Behördenkindergärten und von Hochschulkindergärten für die Kinder von Beschäftigten und Studierenden auf- und ausbauen.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ein wichtiger Baustein ist die Ganztagschule. Wir werden sie als Angebot flächendeckend für alle Schulformen entwickeln. Durch den Einsatz von hauptamtlichen und ehrenamtlichen Jugendbegleitern im Rahmen der Nachmittagsbetreuung verzahnen wir Schule und soziales Umfeld. Der Jugendbegleiter ist eine Symbolfigur für die aktive Bürgergesellschaft. Jugendbegleiter übernehmen Verantwortung. Sie engagieren sich und helfen Jugendlichen, ihren Lebensweg zu meistern.

Begleiter sind keine Betreuer, sondern Vorbilder und Vertrauenspersonen. Ihr Dienst erfolgt ehrenamtlich, aber mit einem qualifizierten Anspruch. Sie arbeiten nahezu unentgeltlich, aber nicht umsonst. Diesen begleitenden Ansatz werden wir in den kommenden Jahren auch auf viele andere Gebiete in unserer Gesellschaft übertragen. Ich nenne die Arbeit mit Senioren oder Behinderten. Ich glaube, dass jeder von uns – da beziehe ich mich ein – prüfen muss, ob er nicht einen Teil seiner freien Zeit in den Dienst für den Nächsten – für Kinder, eigene Kinder oder Nachbarkinder, für Pflege- und Betreuungsbedürftige, für Ältere – stecken sollte. Hauptamt und Ehrenamt sind bei Pflege, Erziehung und Betreuung in unserer aktiven Bürgergesellschaft keine Gegensätze. Dadurch wird das christliche Menschenbild realisiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Beim Aufbau der Ganztagschule arbeiten wir eng mit allen Verbänden, auch den Jugendverbänden, zusammen. Wir wollen den Jugendverbänden ein „Bündnis für die Jugend“ anbieten, um ihre Arbeit auch längerfristig auf eine verlässliche ideelle und finanzielle Grundlage zu stellen.

Meine Damen und Herren, die Kindheit ist die wichtigste Lernzeit im Leben. Kinder sind vom ersten Tag an neugierig. Sie wollen wissen und lernen. Wer meint, Bildungsansätze hätten im Kindergarten nichts verloren, verpasst vielleicht den besten Zeitpunkt. Wer seine Kinder nicht früh genug mit Herausforderungen und Chancen konfrontiert,

verzichtet auf die Chance, Fehlentwicklungen früh zu erkennen und zu korrigieren.

Das Land wird seine Bemühungen auf dem Gebiet der frühkindlichen Bildung weiter verstärken. Wir werden sicherstellen, dass alle Kinder in Baden-Württemberg zum Zeitpunkt ihrer Einschulung auch wirklich schulreif sind und dass sie vor allem die deutsche Sprache ausreichend beherrschen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir werden deshalb im vierten Lebensjahr eine verpflichtende Sprachstandsdiagnose für alle Kinder durchführen und die Einschulungsuntersuchung vorziehen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Im Rahmen des Orientierungsplans für frühkindliche Bildung und Erziehung und des Projekts „Schulreifes Kind“ haben wir in den letzten Monaten eine Reihe von zukunftsweisenden Modellen auf den Weg gebracht. Alle diese Modellversuche werden wir im Lauf der Legislaturperiode evaluieren und in den Regelbetrieb überführen.

Der Kindergarten ist dabei nicht nur ein Ort der Betreuung. Er ist auch eine Bildungsstätte und ein Ort der Integration, zumal auch für eine wachsende Zahl von Einzelkindern, deren Integration nicht automatisch durch Geschwister zu Hause erfolgt. Möglichst alle Kinder sollen deshalb einen Kindergarten besuchen.

Wir wollen Modellversuche einrichten und prüfen, ob eine Besuchspflicht für das letzte Kindergartenjahr sinnvoll ist und welche Gebührenentwicklung dies zur Folge hätte. Ich schließe eine offene Entwicklung beim Thema „verpflichtendes letztes Kindergartenjahr“ bewusst nicht aus, sondern ein.

Beim Kindergarten setzen wir auf eine enge Zusammenarbeit zwischen Eltern, Betreuungseinrichtungen und Schulen. Klar ist aber auch, dass die Hauptverantwortung für die Erziehung eines Kindes auch in Zukunft bei den Eltern liegen wird.

Wo Eltern dieser Verantwortung nicht nachkommen, werden wir als Staat nicht einfach wegschauen. Schon allein um der Kinder willen nehmen wir dies nicht hin. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass es in Betreuungseinrichtungen und Schulen obligatorische Gesprächstermine mit den Eltern gibt, bei denen Erziehungsprobleme erörtert werden. Wo Eltern sich dieser Pflicht entziehen, ist es notwendig, sie zum Gespräch einzuladen oder zu Hause aufzusuchen. Der Dialog zwischen Elternhaus und Schule über die Erziehungsziele ist wichtiger denn je.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Baden-Württemberg hat hervorragende Schulen. Unsere Lehrerinnen und Lehrer leisten ausgezeichnete Arbeit. Dies bestätigen die Ländervergleiche der PISA- und der IGLU-Studie. Aber wir werden uns auf diesen Erfolgen nicht ausruhen.

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Unser besonderes Augenmerk gilt in den nächsten Jahren den Schülerinnen und Schülern, die sich mit der Schule und mit der Ausbildung schwer tun. Um sie optimal zu fördern, werden wir noch in dieser Legislaturperiode die Hauptschule umbauen und ihr ein neues Profil geben. Die Hauptschule ist für uns keine „Restschule“. Sie ist nicht die Schule für die „weniger Gescheiten“, sondern sie ist die Schule für diejenigen, die sich mehr aufs Praktische verstehen. Das ist für mich mehr als nur Wortklauberei. Für das Profil und für den Geist unserer Schulen macht es einen gewaltigen Unterschied, ob wir sie entlang der Schwächen oder der Stärken unserer Kinder definieren oder anhand von Begabungen, die unterschiedlich sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Wir sorgen dafür, dass jeder Jugendliche, der bei uns die Schule verlässt, auch in der Lage ist, eine Berufsausbildung zu beginnen. Der Start ins Berufsleben ist nicht nur der Schlüssel zur wirtschaftlichen und sozialen Eigenständigkeit, sondern auch die „Eintrittskarte“ in die Gesellschaft schlechthin. Als Landesregierung wollen wir alles uns Mögliche tun, damit jeder junge Mensch in Baden-Württemberg diese Eintrittskarte in Arbeitswelt und Gesellschaft durch Schule, Bildung und Erziehung erhält.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

So werden wir die Einführung einer Meldepflicht für Ausbildungsstellen prüfen. Außerdem wollen wir ausbildungswillige Betriebe bei der Bewältigung ihrer Arbeit unterstützen und entlasten.

Wir werden das Berufsvorbereitungsjahr weiterentwickeln. Jugendliche, die noch keinen Hauptschulabschluss haben, sollen künftig in Kooperationsklassen von Hauptschule und beruflicher Schule zwei Jahre lang besonders gefördert werden. Der Schwerpunkt dieser Förderung muss auf dem Erwerb des Hauptschulabschlusses und der Verbesserung der Ausbildungsreife liegen. Schon in den nächsten Wochen wird das Kultusministerium die Umsetzung dieses Modells mit den Schulträgern besprechen.

Jugendliche mit Hauptschulabschluss werden künftig in einem Berufseinstiegsjahr zielgerichtet auf den beruflichen Einstieg in ihrem Berufsfeld vorbereitet. Dabei werden ihnen bereits Inhalte aus dem ersten Ausbildungsjahr vermittelt. Wir wollen über Praktika eine größere Betriebsnähe erreichen. Es soll möglich sein, Teilqualifikationen zu erlangen, die von den Kammern zertifiziert werden.

Daneben werden wir in den Kommunen mit Mitteln der Zukunftsoffensive IV Netzwerke von Ehrenamtlichen aufbauen. Sie begleiten Jugendliche in Hauptschulen, Förderschulen und beruflichen Schulen individuell beim Übergang in den Beruf.

Beim Übergang ins Erwerbsleben tritt die Schule nicht nur als Vermittlerin von Wissen in Erscheinung. Sie wird auch zum Ort des sozialen Lernens und der Begegnung mit Vorbildern. Jugendliche sollen in der Schule nicht nur Lehrerinnen und Lehrern begegnen, sondern auch Praktikern aus

den unterschiedlichsten Lebensbereichen und aus der Arbeitswelt.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich rufe die Schulen dazu auf: Nutzen Sie gemeinsam mit den Schulträgern alle Möglichkeiten, die Arbeitswelt in die Schule zu holen, jungen Menschen ihre Zukunft zu zeigen und die Schule dadurch stärker mit der Arbeitswelt zu verzahnen. Wir wollen sicherstellen, dass Lehrkräfte auch außerhalb ihrer Unterrichtszeit als Ansprechpartner für Kinder, Eltern und Arbeitswelt, als Gesprächspartner in der Schule zur Verfügung stehen.

Unsere besondere Sorge gilt Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. In dieser Gruppe ist der Anteil derjenigen, die die Schule ohne oder mit einem schwachen Abschluss verlassen, überproportional hoch. Jungen Menschen mit Migrationshintergrund werden wir eine besondere Förderung und Unterstützung geben. Das gilt im sprachlichen Bereich, aber auch bei der Vermittlung von Kultur und Grundwerten unserer Gesellschaft, die für die Zukunft unumgänglich ist.

In den einzelnen Schulklassen brauchen wir ein ausgewogenes Zahlenverhältnis zwischen Zuwanderern und Einheimischen. Dort, wo der Anteil der Migranten unverhältnismäßig hoch ist, findet oft keine Verständigung, sondern Abgrenzung statt. Ich habe deswegen Herrn Kultusminister Rau gebeten, noch vor der parlamentarischen Sommerpause gemeinsam mit Eltern, Schulträgern und anderen Experten Lösungsvorschläge für dieses Problem zusammenzutragen, gerade auch Ballungsräume betreffend, und dem Landtag darüber zu berichten.

Ein entscheidender Faktor für die Qualität unserer Schulen ist ihre Ausstattung mit hoch qualifizierten Lehrkräften. Wir werden deshalb in den nächsten Jahren auch bei rückläufigen Schülerzahlen alle rechnerisch frei werdenden Lehrerstellen für bildungspolitische Maßnahmen verwenden. Dies ist ein klarer Vorrang. Schule und Ganztagschule haben Vorrang. Hier sparen wir nicht, wenn die Schülerzahl zurückgeht. Wenn die Mittel und die Zahl der Lehrerstellen gleich bleiben, kommen in Baden-Württemberg Bildung, Erziehung und Betreuung besser voran.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat vor zwei Jahren zusammen mit verschiedenen Verbänden der Wirtschaft ein auf drei Jahre angelegtes Ausbildungsbündnis abgeschlossen. Dieses Bündnis war ein voller Erfolg. Es wird auch in diesem Jahr die Basis für eine gute Entwicklung am Ausbildungsmarkt sein. Baden-Württemberg hat im Bundesvergleich die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit.

Dies soll auch in Zukunft unter schwieriger werdenden Bedingungen so bleiben. Wir werden deshalb in den nächsten Wochen die Gespräche mit Wirtschaftsorganisationen und Gewerkschaften aufnehmen, um für die folgenden Jahre einen neuen Ausbildungspakt zu entwickeln. Diesen Pakt werden wir zusätzlich um eine neue Aufgabe ergänzen, nämlich um die Qualifikation und Integration benachteiligter Jugendlicher. Zur Bündelung und Koordinierung der Ak-

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

tivitäten auf diesem Gebiet werden wir in der Landesregierung eine Steuerungsgruppe „Ausbildung“ einrichten.

Meine Damen und Herren, junge Menschen finden in Baden-Württemberg optimale Studienbedingungen. Unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg Baden-Württembergs. Dieses Fundament werden wir auch in Zukunft weiter ausbauen. Durch die Neuauflage des Solidarpakts und die Einführung von Studiengebühren wollen wir den Hochschulen in den kommenden Jahren finanzielle Planungssicherheit geben. Nur starke, autonome und unternehmerisch handelnde Hochschulen können sich im weltweiten Wettbewerb um die besten Köpfe erfolgreich behaupten und die Wirtschaft im Land stärken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Zahl der Studierenden in Baden-Württemberg wird in den kommenden Jahren durch die Geburtenentwicklung, aber auch durch die Einführung von G 8 vorübergehend stark zunehmen. Bis zum Jahr 2012 brauchen wir 16 000 zusätzliche Studienplätze. Ich warne davor, diesen Zuwachs nur als eine Belastung zu sehen. Er ist auch eine enorme Chance, ein Schub, ein Qualifizierungsschub für das ganze Land. Der finanziellen Verantwortung hierfür werden wir uns im Rahmen des Projekts „Hochschule 2012“ stellen. Der Solidarpakt ist die entsprechende Absicherung und Vertrauensgrundlage dafür.

Wenn es nach der Föderalismusreform Bundesmittel für die Hochschulen gibt, dann fordern wir ein, dass diese streng nach dem Bedarf der Länder vergeben werden, damit daraus keine versteckte Bundesergänzungszuweisung wird.

(Abg. Dr. Nils Schmid SPD: Sehr gut!)

Wenn für den Ausbau von Studienplätzen auf Zeit auch ein Bundesprogramm entwickelt wird, dann will Baden-Württemberg anteilig dabei sein. Wir wollen nicht, dass andere Länder verdeckt von einer Aufgabe entlastet werden, die zuallererst Länderaufgabe ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie der Abg. Dr. Nils Schmid SPD und Boris Palmer GRÜNE)

Auch in Zukunft sollen wissenschaftliche Exzellenz und ein hohes Maß an Praxisnähe die Markenzeichen eines Studiums „Made in Baden-Württemberg“ sein.

Im Interesse unserer jungen Menschen, die an unseren Hochschulen studieren sollen, werden wir unsere Studiengänge noch stärker als bisher an den Bedürfnissen der Wirtschaft und des Arbeitsmarkts orientieren. Wir wollen die künftige Generation von Studierenden in den Arbeitsmarkt von morgen hinein und nicht an ihm vorbei ausbilden. Daran richten wir den Aufbau und Ausbau unserer Studienplätze und Hochschulorte aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Unsere Wirtschaft lebt von der Innovation. Wir müssen das machen und können, was die anderen noch nicht machen und können, und wir müssen mindestens so viel besser sein, wie wir teurer sind.

Innovationen entstehen aber nicht von selbst. Sie brauchen gute Rahmenbedingungen: exzellente Hochschulen, Forschung, Wissenschaftler, Mitarbeiter und ein gutes Management. All dies haben wir in Baden-Württemberg. Unser Land ist der Innovationsmotor Deutschlands schlechthin. Wir sind das Land mit den meisten Patentanmeldungen, den höchsten Investments in Bildung und Wissenschaft und den meisten Forschungsmitteln von Staat und freier Wirtschaft. Dies behalten wir als den Motor für Innovation und Erfolg auch in Zukunft bei.

Wir werden unsere Spitzenstellung verteidigen. Wir wollen den Technologietransfer weiter verbessern. Nach den guten Erfahrungen mit Clustern werden wir die Vernetzung zwischen Wirtschaft, Hochschulen und Forschung im Bereich der Innovation und im Bereich der Technologie weiter vorantreiben. Um neue Cluster und neue Schwerpunkte zu identifizieren, werden wir eine Reihe von Zukunftsforen zu unterschiedlichen Schwerpunktthemen durchführen. Schon im kommenden Frühjahr wird die Regierung zu einem Innovationskongress einladen. Darüber hinaus werden wir die bestehenden Kompetenznetzwerke im Land noch enger miteinander verknüpfen. Außerdem will ich in den nächsten Wochen einen Innovationsbeauftragten vorschlagen, der die Regierung auf diesem Feld weiter kompetent beraten soll.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Innovation ist mehr als nur technischer Fortschritt. Wir müssen auch soziale Innovationen fördern, etwa neue Wege zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Kurzum: Dieses Land und seine Politik – wir bleiben innovativ.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir sind stolz auf die wirtschaftliche Entwicklung Baden-Württembergs, und wir sind denjenigen dankbar, die mit ihrer Arbeit die Grundlagen dafür gelegt haben. Ohne eine erfolgreiche Wirtschaft könnten wir unser Sozialsystem, den Kulturbereich und staatliche Aufgaben wie die Bildung nicht auf dem Niveau halten, das wir erreicht haben.

Wirtschaftlicher Erfolg und sozialer Zusammenhalt sind für mich untrennbar miteinander verknüpft. Ich will, dass Baden-Württemberg auch in Zukunft in beiden Disziplinen – Erfolg der Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit – an der Spitze der Länder bleibt und das Land mit den geringsten Arbeitslosenzahlen, dem höchsten ehrenamtlichen Engagement, dem stärksten Wirtschaftswachstum, der höchsten Lebenszufriedenheit, den besten Schulen und der geringsten Jugendarbeitslosigkeit bleibt. Wirtschaft und Arbeit bleiben für die Regierung im Mittelpunkt unserer Arbeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dabei haben wir zwar eine gute Ausgangslage; dennoch mache ich mir Sorgen um den Arbeitsmarkt in Deutschland insgesamt. Derzeit ist fast nur noch von Stellenabbau die Rede. Eine Schaffung neuer Arbeitsplätze findet nur noch in geringer Zahl statt. In Baden-Württemberg müssen wir aufpassen, dass wir nicht in diesen allgemeinen Abwärtssog hineingeraten.

(Beifall des Abg. Hagen Kluck FDP/DVP)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Die Regierung wird deswegen ein Frühwarnsystem für Beschäftigungsrisiken aufbauen. Wir wollen eine interministerielle Taskforce gründen,

(Unruhe und Lachen bei Abgeordneten der SPD)

die Unternehmen in der Krise als Ansprechpartner noch schneller zur Verfügung steht. Wir werden auch in Zukunft alles tun, um die Rahmenbedingungen für mehr Arbeit und Wachstum zu stärken. Wer behauptet, man könne die Globalisierung und den Strukturwandel der Wirtschaft aufhalten, streut den Menschen Sand in die Augen. Wer jede wirtschaftliche Reform von vornherein als unsozial ablehnt, der riskiert, dass Arbeit bei uns immer teurer wird und Arbeitsplätze ins Ausland abwandern. Deswegen werden wir gerade im Bundesrat alles tun, dass die Reformbereitschaft gestärkt wird und die Wirtschaft entlastet wird und Arbeit damit in Deutschland gehalten werden kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Verlust des Arbeitsplatzes ist ein harter Schicksalsschlag für jeden Betroffenen und für jede Familie. Jeder Arbeitslose ist einer zu viel. Hinter jedem steht ein Schicksal und oftmals eine ganze Familie, und neben jedem Arbeitslosen stehen Menschen, die zwar Arbeit haben, aber um ihre Arbeit bangen. Die Zahl derer, die Sorge um ihren Arbeitsplatz haben, ist größer als jemals zuvor. Menschen, die einen Arbeitsplatz haben, aber um ihn bangen, unterliegen auch einer sozialen Unsicherheit und fragen sich: Wer bezahlt die Wohnung ab? Wer finanziert die Ausbildung der Kinder? Werden die Verpflichtungen erfüllbar sein? Deswegen ist der Regierung dieses Landes das Schicksal dieser Betroffenen überhaupt nicht gleichgültig. Unser oberstes Ziel – ich wiederhole es – bleibt es, Arbeitsplätze, die wir haben, zu halten und zu sichern und die Zahl der Arbeitsplätze zu steigern, damit die Zahl der Arbeitslosen in Baden-Württemberg tendenziell nicht steigt, sondern sinkt.

Dafür ist zweierlei notwendig: Zum einen brauchen wir für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eine optimale Aus- und Weiterbildung, und zum anderen werden wir den Standort wettbewerbsfähig halten müssen. Das heißt konkret: Senkung der Lohnnebenkosten, Abbau von Bürokratie, Reform der Unternehmensbesteuerung, Überprüfung von Arbeits- und Tarifrecht. Um nicht missverstanden zu werden: Ich halte unser Arbeitsrecht und alle sozialen Sicherungssysteme für großartig, aber es gilt die Prämisse: Sozial ist, was Arbeit schafft. Wir müssen im Ländervergleich sehen, dass Deutschland dringenden Reformbedarf hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Rückgrat unserer Wirtschaft sind und bleiben der Mittelstand, das Handwerk, der kleine Handel und der Familienbetrieb. Unternehmertum, wirtschaftlicher Erfolg und soziale Verantwortung sind im Mittelstand kein Widerspruch, sondern täglich gelebte Realität. Deswegen danken wir ausdrücklich allen Unternehmerinnen und Unternehmern, die in Baden-Württemberg treue Partner des Landes und der Arbeitswelt sind. Ich baue darauf, dass der Mittelstand auch in Zukunft das Fundament unseres wirtschaftlichen und sozialen Erfolgs bleiben kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die Landesregierung wird ihre erfolgreiche Mittelstandspolitik deswegen fortsetzen und konsequent weiterentwickeln. Stichworte dazu sind:

Erstens: Der Mittelstand ist eines der innovativsten Segmente unserer Wirtschaft. Hightech ist keine Frage von Unternehmensgröße. Deswegen werden wir die Vernetzung zwischen Mittelstand, Forschung und Wissenschaft weiter ausbauen. Im ländlichen Raum richten wir unsere Strukturprogramme darauf ein.

Mittelständler wollen zweitens arbeiten und keine Formulare ausfüllen. Deswegen ist Bürokratieabbau zuallererst Mittelstandspolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Drittens: Wir setzen uns für eine mittelstandsfreundliche Steuerpolitik ein.

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Sehr gut!)

Als Beispiel dafür nehme ich die Erbschaftsteuer. Wer Arbeitsplätze in der nächsten Generation fortführt, kann entlastet werden. Wir lehnen deswegen die Ausweitung der Bemessungsgrundlage bei der Gewerbesteuer entschieden ab und unterstützen im Bundesrat die Streichung der Erbschaftsteuer.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dietmar Bachmann FDP/DVP: Jawohl!)

Es geht aber nicht nur darum, dass man Belastungen verringern kann. Es geht auch um vermehrte Sauerstoffzufuhr.

(Beifall des Abg. Michael Theurer FDP/DVP)

Für die mittelständischen Betriebe brauchen wir eine bessere Finanzausstattung,

(Abg. Michael Theurer FDP/DVP: Richtig!)

eine gute Kreditversorgung

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

und eine Partnerschaft der L-Bank, der MBG, der Landesbank und der Baden-Württembergischen Bank. Unsere Instrumente, die öffentlich-rechtlichen Beteiligungs- und Finanzierungsinstrumente, sind in Baden-Württemberg hervorragend aufgestellt. Wir halten sie neben den Sparkassen und den Volksbanken in dieser guten Form auch in Zukunft für den Mittelstand bereit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Daneben setze ich mich auch für eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen ein. In Deutschland halten gerade einmal 5 % unserer Mitarbeiter – nur jeder Zwanzigste – Anteile an ihrem Betrieb. In England sind dies 25 % und in Frankreich gar 45 %. Wir müssen eine neue Initiative starten, damit der Arbeitnehmer in stärkerem Maße als bisher Beteiligter, Miteigentümer, Partner im Be-

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

trieb ist und nicht im Grunde genommen unabhängig vom Erfolg am Arbeitsplatz steht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Baden-Württemberg ist ein starkes Land. Das gilt auch für die Tochterbetriebe des Landes Baden-Württemberg, die mustergültig sind. Sie haben sich im überregionalen Wettbewerb hervorragend platziert. Deshalb streben wir verstärkt Fusionen und Kooperationen mit vergleichbaren Partnern in anderen Ländern an.

Wir haben beim Rundfunk eine leistungsfähige Betriebsgröße erreicht. Wir haben im Bereich der öffentlichen Banken die Landesgrenzen überschritten und sind dabei erfolgreich. In wenigen Jahren wird es in Deutschland nur noch drei oder vier große Landesbanken geben. Deshalb wollen wir heute aus einer Position der Stärke heraus dafür sorgen, dass die Landesbank Baden-Württemberg bei diesem Konzentrationsprozess eine handelnde und aktive Rolle spielt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Was beim Rundfunk und im Bankenwesen richtig war, kann auch für Landesbetriebe in anderen Bereichen zukunftsweisend sein. Ich nenne beispielhaft unsere Häfen in Baden-Württemberg, bei denen die Grenzen noch nicht das Ende des Marktes darstellen, und ich nenne die Messe Stuttgart, die durch den Neubau auf den Fildern zu einem großen Player in Deutschland werden wird. Da wollen wir nicht den Wettbewerb mit regionalen Messen in den Mittelpunkt rücken. Deswegen kündige ich heute an, dass die Messen in Stuttgart und Hannover eine auf konkrete Projekte im In- und Ausland bezogene Kooperation eingehen werden und damit die Exzellenz der Wirtschaft und der Messe Baden-Württembergs mit der Größe und dem weltweiten Netzwerk der Messe von Hannover in enge Verbindung, in eine strategische Partnerschaft gehen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Helmut Walter Rück CDU: Sehr gut!)

Unsere Wirtschaft lebt maßgeblich vom Export. Wir wollen die Rolle Baden-Württembergs als Außenhandelsland weiter stärken. Insbesondere auf den osteuropäischen Märkten liegen noch große Chancen und Herausforderungen. Schon in Kürze werden wir auf der Grundlage eines Osteuropa-konzepts eine Botschafterkonferenz dazu veranstalten.

Die Regionen unseres Landes stellen sich den Herausforderungen des globalen Wettbewerbs. Wir unterstützen sie auf diesem Weg. Namentlich die beiden Metropolregionen sehen im Land einen Partner. Wir wollen, dass die Metropolregion als Instrument auf europäischer Ebene auch Teil der Landespolitik wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr gut!)

Die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes steht und fällt mit der Qualität seiner Infrastruktur. Deswegen bekennen wir uns ausdrücklich zu unserer Verantwortung für den Landesstraßenbau. Zugleich erwarten wir vom Bund, dass auch er

endlich seine Aufgaben im Bereich des Bundesfernstraßenbaus alljährlich nachhaltig erfüllt.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Der Investitionsrückstand der letzten Jahre muss abgebaut werden. Dabei ist Baden-Württemberg offen für private Finanzierungsmodelle und eine stärkere Beteiligung der Nutzer an den Kosten für den Ausbau und Unterhalt von Fernstraßen. Baden-Württemberg hat im Bundesfernstraßenbau Nachholbedarf; den melden wir in Berlin unbedingt an und sind dabei für private Finanzierungsprojekte und eine nutzerbezogene Finanzierung ausdrücklich offen und bereit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP: Sehr gut!)

Unsere Verhandlungen mit dem Bundesverkehrsminister und der Deutschen Bahn zur Realisierung von Stuttgart 21 und der Neubaustrecke nach Ulm machen gute Fortschritte. Wir haben mit dem Bundesverkehrsminister sowie mit Herrn Mehdorn vereinbart, dass Bund, Land und Bahn noch im September dieses Jahres gemeinsam und definitiv über beide Projekte entscheiden werden. Ich rufe heute alle Partner in Politik und Wirtschaft, auch den Koalitionspartner in Berlin, und die Medien dazu auf, jetzt und in den nächsten Wochen alles zu tun, damit die wirtschaftliche Bedeutung dieses Projekts für Baden-Württemberg als Standort für die Bürger und für unsere Zukunft überall, auch in Berlin, sichtbar wird. Wir brauchen Rückendeckung von allen Bereichen des Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir werden deswegen einen Unterstützerkreis von Wirtschaft, Arbeitswelt, Kommunen und Gesellschaft gründen und in diesen Persönlichkeiten des Landes bitten. Dieser Unterstützerkreis wird angeführt von zwei herausragenden Baden-Württembergern, nämlich von Lothar Späth und Walter Riester, denen ich für ihre Mitwirkung ausdrücklich dankbar bin.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das kommt aber spät! – Heiterkeit)

– Es kommt zum richtigen Zeitpunkt. Wenn auch Sie mitmachen, lieber Herr Kollege Palmer, wäre das ein gewaltiger Schub.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: An jedem Unsinn müssen wir uns ja nicht beteiligen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Straßen statt Tunnel! – Abg. Thomas Blenke CDU: Der Oberbürgermeister von Tübingen!)

Parallel hierzu – und hier gibt es überhaupt keine Rangfolge – wollen wir die Entscheidung über die Trasse Frankfurt-Mannheim gemeinsam mit der Region erreichen. Generell ist uns das Rheintal von Mannheim bis nach Basel ebenso wichtig. Nord-Süd und West-Ost sind in Baden-Württemberg kein Gegensatz, sondern eine Ergänzung für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

Auf Druck einiger Länder – auch Baden-Württembergs – ist es in den letzten Tagen gelungen, eine Zusage des Bundesfinanzministers zu erhalten, der zufolge die Kürzungen bei den Regionalisierungsmitteln für den Schienenpersonennahverkehr deutlich abgemildert werden. Wir sind zuversichtlich, dass damit die notwendigen Veränderungen im Verkehrsangebot verträglich gestaltet werden können und es zu keinem großen Einschnitt im ÖPNV-Angebot Baden-Württembergs kommen wird.

In den letzten Wochen wurde erneut über den möglichen Bau einer zweiten Start- und Landebahn für den Flughafen Stuttgart diskutiert. Ich begrüße es, wenn die Geschäftsführung die Lage und Entwicklung sowie die Perspektiven des Flughafens umfassend, genau, ohne Denkverbot und ohne Vorfestlegungen analysiert. Dieses Recht der Geschäftsführung gestehe ich ihr zu. Es ist der Auftrag des Geschäftsführers, ohne Denkverbote in die Zukunft zu schauen. Aber umgekehrt sage ich genauso klar: Zwangsläufigkeiten für die Politik entstehen dadurch nicht.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Wir lassen uns nicht unter Druck setzen. Ich bin bei diesem Thema völlig ergebnisoffen. Im Augenblick bin ich nicht bereit, in irgendeiner Form zu folgen, wenn ein Gutachten uns einen entsprechenden Ausbau empfiehlt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Damit können wir jetzt was anfangen!)

– Kollege Kretschmann, ich will Entwicklungen gegenüber offen bleiben.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Denkverbote gibt es seit Schiller nicht mehr! – Heiterkeit – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Doch, bei den Grünen in Fragen der Atomkraft! – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Jetzt denken Sie selber doch auch einmal nach! Dann kommen Sie schnell zu der Auffassung, dass eine zweite Start- und Landebahn politisch einfach nicht geht! – Abg. Stefan Mappus CDU: Die Fragestunde ist erst nächste Woche!)

– Kollege Kretschmann, nachdem der Aufsichtsrat die Geschäftsführung ermächtigte, ein Gutachten in Auftrag zu geben, sollten wir das Gutachten, auch im Hinblick auf seine Kosten, auch nutzen. Deswegen sollten wir unsere Folgerungen dann ziehen, wenn das Gutachten vorliegt. Wir sollten ein solches Gutachten im Grunde genommen aber nicht als Handlungszwang sehen.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut! Kein Handlungszwang!)

Ich weise ausdrücklich darauf hin: Im nächsten Jahr wird die Beratung hier möglich sein, und bis dahin behalte ich mir jede Entscheidung über die künftige Entwicklung vor. Ich bin aber nach dem heutigen Stand von der zweiten Start- und Landebahn nicht überzeugt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr gut!)

Meine Damen und Herren, schon heute beeinflusst der demografische Wandel unseren Alltag, und er wird dies in Zukunft noch sehr viel stärker tun.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Kein Wort zu den Landesstraßen! Jetzt sind wir aber enttäuscht!)

Die Landesregierung hat die Herausforderungen des demografischen Wandels offensiv angenommen. Gleich nach unserem Amtsantritt im letzten Jahr haben wir im Rahmen des Projekts „Kinderland“ eine aktive Bildungs-, Betreuungs- und Familienpolitik auf den Weg gebracht.

Heute möchte ich mich auf einen anderen Aspekt des demografischen Wandels konzentrieren, nämlich auf die Notwendigkeit einer Politik für ältere Menschen. Die Alterung unserer Gesellschaft hat Folgen. Das gilt für die Reform der sozialen Sicherungssysteme genauso wie für die ärztliche Versorgung oder für das Thema Pflegeheimplätze. Deswegen gilt, dass der Ausbau unserer Betreuungsangebote für ältere Menschen auch in Zukunft einen Schwerpunkt für Kommunen, freie Träger, Kirchen und Land bilden muss.

Auch auf anderen Politikfeldern konfrontiert uns die alternde Gesellschaft mit neuen Fragen: Wie sieht die Stadtplanung für die Zukunft aus? Welche Erwartungen haben rüstige Senioren an Bildungs- und Weiterbildungsangebote? Welche Rolle möchten sie im Ehrenamt – zum Beispiel als Jugendbetreuer in der Ganztagschule – einnehmen? Kurzum: Die alternde Gesellschaft muss ein ressortübergreifender Schwerpunkt unseres Nachdenkens und Handelns sein.

Eine Enquetekommission des Landtags hat vor einem halben Jahr umfassende Handlungsempfehlungen vorgestellt. Wir werden uns an diesen Empfehlungen orientieren und danken dem Landtag von Baden-Württemberg für eine kompetente und profunde Grundlagenarbeit. Die Handlungsempfehlungen werden innerhalb der nächsten fünf Jahre hier aufzurufen und zu entscheiden sein.

In der Koalitionsvereinbarung haben wir entschieden, einen Kabinettsausschuss für demografischen Wandel und Seniorenpolitik einzurichten. Mit Frau Dr. Hübner haben wir eine Beauftragte für demografischen Wandel und Seniorenpolitik berufen, die als Staatsrätin die Regierung beraten und die Regierungsarbeit mitgestalten soll.

Eine Gruppe liegt mir dabei besonders am Herzen: die Gruppe der älteren Beschäftigten.

(Abg. Ute Vogt SPD: Das haben wir schon gemerkt!)

Die Verdrängung Älterer aus dem Arbeitsmarkt wurde in den letzten Jahren und Jahrzehnten durch Frühverrentungsprogramme gefördert – im freundlichen Einvernehmen zwischen Staat, Arbeitgebern und Gewerkschaften.

(Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Diese Frühverrentung war ein Irrweg.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Wir müssen ihn stoppen. Deswegen fordern wir: Schluss mit der Frühverrentung und Schluss mit einer Politik, durch

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

die die Betriebe entlastet werden, wenn 50-Jährige in Vorruhestand gehen!

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP
– Zurufe von der CDU und der FDP/DVP: Bravo!)

Zu den zentralen Aufgaben des Staates gehört es, diejenigen zu unterstützen, die sich aus eigener Kraft nicht helfen können. Ich vertraue auf die Kräfte der Wirtschaft und des Marktes. Aber ich weiß auch, dass es Probleme gibt, für die der Markt blind ist: Alte Menschen, Familien mit Kindern, Kranke, Behinderte, Arbeitslose haben über die Marktgrenzen hinaus Anspruch auf Solidarität der Gemeinschaft.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

Diesen Anspruch erfüllen wir in Baden-Württemberg ausdrücklich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir bekennen uns zu dieser Solidarität und sagen gleichzeitig, dass wir unsere Sicherungssysteme umbauen müssen, damit sie in Zukunft denjenigen helfen, die wirklich Hilfe benötigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wir müssen erstens klarstellen, dass Solidarität ohne Eigenverantwortung nicht zu haben ist. Konkret heißt dies: Risiken, die der Einzelne tragen kann, dürfen nicht auf Gemeinschaft und Staat abgewälzt werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir müssen uns zweitens mehr denn je bewusst sein, dass jeder Euro, den wir in unserem Sozialsystem umverteilen, zunächst einmal vom Steuerzahler erwirtschaftet werden muss.

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: So ist es!)

Zum Dritten: Wir nehmen Missbrauch nicht einfach hin. Derzeit werden zunehmend Fälle aufgedeckt, in denen Hartz-IV-Leistungen zu Unrecht bezogen werden – Missbrauchseffekte und Mitnahmeeffekte in nicht geringer Zahl. Deswegen wollen wir Hartz IV einer grundlegenden Revision unterziehen. Wir wollen im Herbst erreichen, dass zum einen die Frage geklärt wird: Wo haben wir Mitnahmeeffekte? Wo gibt es Missbrauch? Wie kann man diesen korrigieren? Zum Zweiten muss die Frage besprochen werden: Wer ist zuständig vor Ort? Der Kompetenzwirrwarr

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Richtig!)

zwischen den Arbeitsverwaltungen und den Kommunen ist auf Dauer nicht hinnehmbar. Und zum Dritten müssen wir alles tun, damit die schnellere Vermittlung in den Arbeitsmarkt die Praxis für jeden in der Arbeitswelt wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Verehrte Kolleginnen, meine Herren Kollegen, durch Aufbauleistung, Weitsicht, Sparsamkeit und Konsumverzicht

haben unsere Eltern und Großeltern die Grundlagen für die Erfolge von heute gelegt. In gleicher Weise, wie unsere Eltern und Großeltern für unsere Gegenwart erfolgreich tätig gewesen sind, tragen heute wir Verantwortung für unsere Kinder und für künftige Generationen. Sie wollen und sollen in einem attraktiven, lebenswerten Land leben, in einer stabilen Gesellschaft, in einer intakten Umwelt, weswegen Nachhaltigkeit und Generationenbilanz wichtige Stichworte für unsere Arbeit sind.

Mit dieser Zielsetzung werden wir eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie auf den Weg bringen. Nachhaltigkeit ist ein Gebot der Generationengerechtigkeit, aber auch eine intelligente und innovative Antwort auf die Globalisierung, den demografischen Wandel sowie die Verknappung von Rohstoffen und Energieträgern.

Ich lade alle Vertreter aus Wirtschaft, Umweltschutz, Naturschutz, Sozialverbänden, Kirchen, Gewerkschaften, Verbraucherschutzorganisationen und Vereinen sowie auch die Kommunen dazu ein, sich aktiv an der Entwicklung und Realisierung einer Nachhaltigkeitsstrategie zu beteiligen.

Mit dieser Strategie wollen wir einen Impuls für mehr interdisziplinäre Arbeit über Ressortgrenzen hinweg geben. Wir werden die Arbeitsweise der Regierung modellhaft weiterentwickeln und Kooperationsformen quer zu den Ressortgrenzen verstärken.

Fünf zentrale Themenfelder sehe ich dabei:

Erstens geht es um die Frage nach einer zukunftsfähigen Energieversorgung. Was kommt neben und nach dem Öl? Wie können wir effizient, wirtschaftlich und umweltfreundlich mit Energiereserven umgehen? Wie können wir den Klimawandel stoppen, ohne dass Lebensqualität verloren geht?

Ein zweiter Themenbereich hat die Überschrift „Produzieren und Arbeiten“. Wie müssen wir unsere Arbeits- und Wirtschaftsweise ändern, damit auch künftige Generationen Güter erzeugen können, die sie zum Leben brauchen? Wie sichern wir möglichst vielen Menschen einen Zugang zur Arbeitswelt? Gerade bei diesem Thema zeigt sich, dass Nachhaltigkeit neben Ökologie auch soziale und gesellschaftliche Aspekte umfasst.

Ein drittes Schwerpunktthema ist die Frage der zukunftsfähigen Entwicklung von Großstädten und Regionen auch in Baden-Württemberg, Stichworte Zuwanderung, Integration, Bekämpfung von Armut und Gewalt, Mobilität und Senkung des Flächenverbrauchs.

Beim Thema Nachhaltigkeit geht es – viertens – auch um Lebensqualität, das heißt gesund leben in gesunder Umwelt. Wie können wir schädliche Immissionen reduzieren und den Verbraucherschutz stärken? Wie können wir Gesundheitsprävention verbessern? Auch hier sind Bezüge zur Ökonomie vorhanden. Ich denke an Landwirtschaft, Tourismus oder den Gesundheitsmarkt.

Fünftens: Die erste Voraussetzung für jede nachhaltige Entwicklung ist die Kenntnis natürlicher Zusammenhänge. Wir wollen eine Gesamtdebatte anstoßen, die auch selbstkritischen Fragen nicht aus dem Weg geht: Wo sind die Gren-

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

zen des Wachstums? Was hat der einzelne Verbraucher einzubringen? Welchen Konsum können wir uns noch leisten?

Dies sind zentrale Zukunftsfragen für Land und Gesellschaft. Es ist mein Ziel, dass Baden-Württemberg bei diesen Fragen mutig vorangeht. Die viel zitierte „Versöhnung von Ökologie und Ökonomie“ ist für mich nicht nur eine Floskel. Ich will, dass sie ein Alleinstellungsmerkmal Baden-Württembergs im Wettbewerb mit anderen Ländern wird. Wir haben die Chance, auf nationaler und globaler Ebene zu einem Innovationszentrum für nachhaltige Entwicklung zu werden. Wir bereiten einen entsprechenden Prozess mit dem Mittelstand und dem Handwerk vor. Ein Kongress soll dabei der Ort der Begegnung und der Debatte sein.

Lassen Sie mich im Folgenden auf einige Themen eingehen, bei denen nachhaltiges Denken und Handeln besonders gefordert wird.

Erstens: die Energiepolitik. Der Klimaschutz ist und bleibt unsere größte Herausforderung. Verantwortungsbewusste Energiepolitik, die auf drei Säulen beruht, ist dabei unsere Grundlage: erstens Energie sparen, zweitens Energieeffizienz erhöhen, drittens erneuerbare Energien nutzen.

Wir wollen Baden-Württemberg zum Spitzenreiter bei der Erforschung und beim Einsatz regenerativer Energien machen. Bis zum Jahr 2010 werden wir in Baden-Württemberg den Anteil der regenerativen Energien an der Stromerzeugung auf 11,5 % und am Primärenergieverbrauch auf 4,8 % steigern. Diese Ziele nehmen wir uns ausdrücklich vor.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Mit Einrichtungen wie dem Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme (ISE) in Freiburg haben wir Kompetenzzentren, die wir ausbauen werden.

Ein Feld, dem wir in den nächsten Jahren unsere besondere Aufmerksamkeit widmen werden, ist die Wärmeproduktion, die bisher in erheblichem Maße zum CO₂-Ausstoß beiträgt.

Auch beim Thema Mobilität haben wir noch Einsparpotenzial. Um es klar zu sagen: Unsere Autos brauchen zu viel Sprit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Richtig!)

Hier haben wir als Exportland, als Autoland eine besondere Chance. Wenn wir die Innovation schaffen, kommt sie weltweit an, weil die Technik durch Export dann automatisch die Welt erreicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen – Abg. Reinhold Gall SPD: Das gilt aber auch für andere Bereiche!)

Für unsere ehrgeizigen Ziele bei der Förderung der erneuerbaren Energien brauchen wir Zeit und Geld. Deshalb sind wir der Meinung, dass wir um eine Laufzeitverlängerung für bestehende Kernkraftwerke nicht herumkommen werden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Reinhold Gall SPD: Das widerspricht völlig dem, was Sie vorher sagten! – Abg. Thomas Knapp SPD: So ein Quatsch!)

Im Vorgriff auf eine mögliche Einigung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgern streben wir eine landesweite Vereinbarung mit der Energie Baden-Württemberg an, die folgenden Inhalt haben soll: Die EnBW verpflichtet sich, mindestens 50 % aller wirtschaftlichen Erträge aus einer Laufzeitverlängerung für die Erforschung und Markteinführung erneuerbarer Energien bereitzustellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr gut!)

Im Gegenzug setzt sich Baden-Württemberg und setzen sich die Regierungsparteien beim Bund vehement für eine Verlängerung der Laufzeit unserer sicheren Kernkraftwerke unter strengsten Sicherheitsauflagen ein. Dies wäre in Wahrheit die beste Energie- und Ökologiepolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir haben in den letzten 50 Jahren in Baden-Württemberg so viel Fläche für Siedlung und Verkehr neu beansprucht wie alle Generationen zuvor zusammen. In 50 Jahren der gleiche Flächenverbrauch wie in den vorangegangenen Jahrhunderten! Wenn wir nicht aufpassen, entstehen heute mit Wohn- und Gewerbegebieten auf der grünen Wiese die Altlasten von morgen, für die dann niemand mehr zahlen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Sagen Sie das den Oberbürgermeistern!)

Wir nehmen diese Entwicklung nicht hin. Wir machen weiter Druck für eine sparsame Flächennutzung. Wir setzen auf kommunales Flächenmanagement, auf das Bündnis „Fläche gewinnen“ und das „Modellprojekt zur Eindämmung des Landschaftsverbrauchs durch Aktivierung innerörtlichen Potenzials“, kurz MELAP genannt.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr gut!)

Mein konkretes Ziel lautet: Wenn Baden-Württemberg im nächsten Jahrzehnt keinen Einwohnerzuwachs mehr haben wird – bei uns wird die Zahl der Einwohner noch etwa 10 bis 15 Jahre steigen und dann stagnieren –, dann muss auch das Ziel der Politik die „Nettonull“ beim Flächenverbrauch sein. Wenn das Wachstum der Einwohnerzahl zu Ende geht, muss auch die Fläche, die wir haben, für alle gewerblichen und Wohnungsflächen in Baden-Württemberg ausreichend sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen – Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Sagen Sie das den schwarzen Bürgermeister!)

Für unsere Landwirtschaft und Forstwirtschaft war Nachhaltigkeit schon immer selbstverständlich. Wenn es um Verantwortung für die Zukunft, schonenden Umgang mit Res-

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

sources, Respekt vor der Schöpfung geht, können wir alle vom Bauern noch viel lernen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Das Erscheinungsbild unseres Landes wird maßgeblich durch unsere Landwirtschaft mit ihren bäuerlichen Familienbetrieben geprägt. Ihnen sage ich auch für die Zukunft unsere volle Unterstützung zu.

(Zuruf des Abg. Reinhold Pix GRÜNE)

Wir werden unsere bewährten Agrar- und Strukturprogramme fortsetzen und das bisherige Finanzvolumen des Landes trotz der Kürzungen seitens der EU beibehalten. Eine Steigerung wird nicht möglich sein. Das Land zieht sich aus dem ländlichen Raum und als Partner der Bauern in Baden-Württemberg nicht zurück.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Die Weiterentwicklung des ländlichen Raums ist eine Querschnittsaufgabe, die alle Ressorts betrifft. Deshalb werden wir einen ressortübergreifenden „Kabinettsausschuss Ländlicher Raum“ unter der Federführung des MLR einsetzen, der in die Nachhaltigkeitsstrategie eingebettet sein wird.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Neue Kommission! – Abg. Thomas Knapp SPD: Einen Beauftragten!)

Baden-Württemberg lebt vom guten Miteinander zwischen Stadt und Land. Die Fußball-WM ist ein gutes Beispiel dafür. Tolle Spiele in Stuttgart sind auch das Ergebnis der Mitfinanzierung durch das Land Baden-Württemberg. Wir haben ganz bewusst und gegen andere Kräfte hier im Landtag den Ausbau des Daimler-Stadions mitfinanziert.

(Abg. Gundolf Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Wir haben die Stadt Stuttgart beim Ausbau der Infrastruktur, beim Straßenbau, etwa am Pragsattel, ganz bewusst und schwerpunktmäßig unterstützt. Die Folge ist: Die Stadt blüht und das ganze Land auch.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

Sechs Gemeinden in Baden-Württemberg sind Gastgeber bei der Fußball-WM. Die Stärke Stuttgarts strahlt bis nach Hinterzarten, ins Allgäu, an den Bodensee und nach Hohenlohe aus.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Unruhe bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE)

Meine Damen und Herren, ein Markenzeichen Baden-Württembergs ist seine reiche Natur- und Kulturlandschaft.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Bravo!)

Deshalb haben wir in der Koalitionsvereinbarung die Erstellung eines Aktionsplans „Sicherung der Biodiversität in Baden-Württemberg“ vorgesehen.

Aber genauso wichtig wie Pläne und Richtlinien sind die Menschen, die sie mit Leben erfüllen. Ich danke allen, die

im Natur- und Umweltschutz, in den Wandervereinen und Heimatvereinen, in der Landwirtschaft oder im eigenen Garten, auf dem „Stückle“, an der Pflege und Erhaltung unserer Naturlandschaft mitwirken. Wir haben eine Gesellschaft, die eng mit der Natur unserer Heimat in Baden-Württemberg verbunden ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sehr gut!)

Neben unseren Naturschutzgebieten und neben den entsprechenden Parks wird das Biosphärengebiet Schwäbische Alb ein „Leuchtturm“ für Natur und Tourismus,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

für Natur und Heimat in Baden-Württemberg sein. Auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen kommen wir mit der ökologischen Standortsicherung voran. Wir leisten so einen Beitrag für das europäische Schutzgebietsnetz. Dieser „Leuchtturm“ wird in den nächsten Jahren von der Regierung zielgerichtet realisiert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auf der europäischen Ebene beansprucht Baden-Württemberg eine Rolle, die auch unserer Wirtschaftskraft entspricht. Dazu brauchen wir nicht nur Strukturen wie eine Vertretung in Brüssel, sondern auch Menschen – Menschen aus Baden-Württemberg, die sich in Europa und der Welt auskennen, die offen für Neues sind und die auf der europäischen Ebene die Sache unseres Landes vertreten. Deswegen wollen wir ein Europavolontariat einrichten.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

Wir wollen ein Ausbildungsangebot schaffen, mit dem junge Menschen aus Baden-Württemberg als Volontäre auf Europa vorbereitet werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Sehr gut!)

Junge kreative Köpfe können somit nach dem Studium erste Berufserfahrungen in Brüssel, Berlin, europaweit sammeln. Europa ist die Dimension, in der in Zukunft Politik und Wirtschaft entschieden werden. Ein Angebot der Ausbildung zur Europatauglichkeit für möglichst viele Mitbürger in Baden-Württemberg ist, glaube ich, etwas, mit dem sich Baden-Württemberg noch stärker in Europa behaupten und europaweit einbringen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Mit diesem Volontariat wollen wir auch die Wirtschaft animieren. Wir laden alle Betriebe, Verbände und Vereine ein: Machen Sie mit und tragen Sie dazu bei, dass, egal in welchem künftigen Haupt- oder Ehrenamt, möglichst viele aus Baden-Württemberg Europa-vorbereitet in ihre berufliche und ehrenamtliche Zukunft gehen!

Zur Bundespolitik: Die große Koalition hat in diesen Wochen einiges vor. Ein ehrgeiziges Reformprogramm steht an: Föderalismusreform I und II, Gesundheitsreform, Stabilisierung sozialer Systeme, Neuordnung des Unternehmen-

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

steuerrechts, Haushaltskonsolidierung, Arbeitsmarktreformen, Senkung von Lohnzusatzkosten, Bürokratieabbau, Steigerung der FuE-Ausgaben, Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, Verbesserung der Situation von Eltern und Kindern, und anderes kommt hinzu.

Zunächst gilt: Diese Reformen sind dringend notwendig. Wir haben nach sieben Jahren Rot-Grün einen Reformstau in Deutschland.

(Oh-Rufe von der SPD – Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Deswegen wird die Landesregierung im deutschen Bundesrat alles dafür tun, dass die Reformgeschwindigkeit nicht abnimmt, sondern deutlich gesteigert wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo!)

Dabei haben die Bundesregierung und die Bundeskanzlerin unsere Unterstützung und unser Vertrauen. Es macht überhaupt keinen Sinn, Erneuerung und Reform durch fundamentale Opposition im Bundesrat oder durch ständige öffentliche Kritik zu schwächen.

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Es geht nicht um Nibelungentreue. Es geht um die Interessen Baden-Württembergs. Aber die Interessen Baden-Württembergs sind zuallererst darauf gegründet, dass sich in Berlin etwas in die richtige Richtung bewegt. Daran orientieren wir uns. CDU und FDP/DVP wollen gemeinsam, dass die Berliner Politik den Wirtschaftsstandort und den Arbeitsmarkt in Deutschland erfolgreich stärken kann.

(Abg. Reinhold Pix GRÜNE: Mehrwertsteuer! – Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Wir wollen es gemeinsam!)

Einige Reformthemen spreche ich dabei konkret an:

Erstens: die Föderalismusreform. Wir halten diese Reform zur Neuordnung der Kompetenzen für überfällig und notwendig. Erwin Teufel war in den Vorbereitungen dabei. Wir finden uns in dem vorliegenden Reformpaket wieder. Baden-Württemberg braucht bei diesem Paket überhaupt keine Veränderung. Ich baue darauf, dass in den nächsten Tagen die Kraft der Mehrheit im Bundestag und Bundesrat dazu führt, dass dieses Reformpaket noch vor den Ferien verabschiedet werden kann.

(Beifall bei der CDU sowie Abgeordneten der SPD und der FDP/DVP)

Mein Dank gilt allen, die mithelfen, auch dem Kollegen Drexler, der sich im Bundesrat und im Bundestag überzeugend für genau diese Reform eingesetzt hat.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Allerdings: Noch sind wir nicht durch. Wer die Schlagzeilen von gestern und heute liest, erkennt: Es geht nicht nur um Kompetenzordnung. In Wahrheit geht es um Macht, um die Frage, ob man Landtagen und Landesregierungen Aufgaben und deren Erfüllung anvertrauen kann.

Deswegen wende ich mich heute vor Ihnen an die Öffentlichkeit: Ich halte es für nicht akzeptabel, dass Bundestagskollegen in großer Zahl glauben, dass nur sie in der Lage wären, Probleme zu lösen.

(Beifall bei allen Fraktionen – Abg. Stefan Mappus CDU: Sehr gut!)

Ich glaube, dass der Föderalismus einen Teil des demokratischen und sozialen Erfolgs Deutschlands darstellt und dass gerade ein Land wie Baden-Württemberg groß und stabil genug ist, alle Aufgaben zu erfüllen, die es hat, und weitere zu übernehmen. Deswegen fordern wir die unveränderte Realisierung dieses Pakets und die Kompetenzneuordnung zwischen Bund und Ländern ohne weitere Abschwächung vom Deutschen Bundestag ein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wer jetzt glaubt, jeder Fachpolitiker in Berlin für den Bereich Hochschule, Umweltrecht, Naturschutz, Strafvollzug, Notarwesen und für jeden anderen Bereich könne seinen Sitz im Fachausschuss retten, der täuscht sich. Ich lade, wenn in der Zukunft die Bildung in vollem Umfang Landtagsangelegenheit wird, jeden Pädagogen ein, Abgeordneter hier zu werden. Wer in Zukunft als Pädagoge in Berlin sitzt, ist dort fehl am Platz.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Unruhe)

Ich sage abschließend – nicht als Drohung, aber als eine andere Möglichkeit –: Wenn der Bundestag den Landtagen diese Kompetenzen nicht gibt, dann ziehen wir unser Angebot zurück. Denn unser Angebot war und ist großzügig. Nur noch halb so viele Gesetze des Bundes bedürfen der Zustimmung des Bundesrats. Wir haben die Vorleistungen erbracht. Die Regierungen ziehen sich aus der Bundespolitik nennenswert zurück.

Wir könnten auch im deutschen Bundesrat bleiben. Das heißt, wer glaubt, er könne den Bundesrat wegdrängen und im Bundestag unverändert stark bleiben, der täuscht sich. Das Ganze ist ein Geschäft auf Gegenseitigkeit.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: So ist es!)

Beide Bestandteile sind gleichwertig. Der eine Bestandteil muss werthaltig bleiben, damit der andere Bestandteil von uns auch aufrechterhalten wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

In einer zweiten Stufe steht die Reform der Finanzverfassung an. Dabei steht für Baden-Württemberg viel auf dem Spiel. Da geht es um Neuordnung von Finanzströmen und um Neuabgrenzung von Steuereinnahmen. Aber in Wahrheit besteht folgende Gefahr: Der Bund glaubt – mit guten Gründen –, dass er mehr Geld brauche. Zehn Länder glauben, dass sie zu wenig Geld hätten. Ein Land klagt derzeit schon in Karlsruhe. Und die Kommunen haben das Klagegeld erfolgreich und lang geübt. Es bleiben Baden-Würt-

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

temberg und fünf andere Länder. Das heißt, die große Gefahr bei dem zweiten Teil besteht darin: Die wollen an unser Geld.

(Heiterkeit)

Denn klar ist: Steuererhöhungen zur Lösung des Problems sind nicht mehr möglich. Die wenigen Steuererhöhungen werden jetzt schon zum Umbau sozialer Systeme und zur Haushaltsanierung eingesetzt. Wenn also der Kuchen nicht größer wird und der Bund sagt, er brauche mehr, zehn Länder sagen, sie bräuchten mehr, die Kommunen geübt sind im Klagelied, müssen wir aufpassen, dass Baden-Württemberg nicht im zweiten Teil gemeinsam mit wenigen anderen Ländern zum Verlierer wird. Deswegen haben wir uns verbündet. Bayern, Hessen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und auch Sachsen sind Partner für uns. Diese sechs aufrechten Länder wollen gemeinsam

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Argumente schärfen und ihr Vorgehen im Bundesrat abstimmen, damit sie und damit Baden-Württemberg nicht aus der zweiten Stufe verschlechtert hervorgehen. Ich glaube, dass gerade auch hier eine parteiübergreifende Chance für alle demokratischen Mandatsträger des Landtags liegt, in ihren Parteien Lobbyarbeit für unsere Interessen zu machen, die in den nächsten Wochen geleistet werden muss.

Wir glauben, dass die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland nicht die alleinige Richtschnur sein darf. Solidarität ist wichtig; aber es macht im Interesse ganz Deutschlands keinen Sinn, die Starken immer weiter zu schwächen, ohne dass es gelingt, die Schwachen durchgreifend zu stärken.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Oswald Metzger GRÜNE – Abg. Hagen Kluck FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wir müssen uns fragen, wo sich der finanzielle Einsatz des Staates mit Blick auf Wachstum und Beschäftigung am meisten lohnt. Einer Reform, die die Situation Baden-Württembergs im Verhältnis zu anderen Ländern weiter verschlechtert, werden wir in keinem Falle zustimmen. Für diesen Fall kündigen wir schon jetzt eine Klage in Karlsruhe zur Wahrung unserer Interessen ausdrücklich an.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Seit einigen Monaten ist das Thema der Länderneugliederung kein Tabu mehr. Was vor fünf Jahren noch undenkbar war und keine Mehrheit fand, wird heute offen diskutiert: im Norden Deutschlands, im Osten Deutschlands. Kurzum: Es kommt Bewegung in die Frage der Zahl der Länder und ihrer Grenzen.

Ich glaube, dass der, der den Föderalismus stärken will, neben der Forderung nach einer Neuordnung der Finanzen und nach mehr Kompetenzen auch die Debatte um die Zahl der Länder, um weniger und leistungsfähigere Länder offensiv aufnehmen muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Wir wollen, dass die demokratischen Möglichkeiten für den Zusammenschluss von Ländern deutlich erleichtert werden. Die Gefahr, dass eine Volksabstimmung, die nur in den betroffenen Ländern durchgeführt wird, keine Mehrheit bringt, bleibt sehr groß. Nehmen wir einmal Berlin und Brandenburg: Warum soll Brandenburg zu Berlin gehen und damit in Insolvenz?

(Heiterkeit der Abg. Hagen Kluck FDP/DVP und Boris Palmer GRÜNE)

Wenn die Pro-Kopf-Verschuldung nach der Länderneugliederung doppelt so hoch wird, sagt jeder Brandenburger: Nicht mit mir! Deswegen regen wir drei Maßnahmen an:

Die erste Maßnahme könnte sein, dass nicht mehr nur die betroffenen Länder abstimmen, sondern die Landkarte Deutschlands vom deutschen Volk insgesamt durch Volksentscheid neu gestaltet wird. Durch eine Grundgesetzänderung wäre dies sehr wohl darstellbar.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP und des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Ich sage Ihnen auch, warum dies wichtig ist: weil von der Neugliederung im Norden Deutschlands oder im Osten Deutschlands oder auch im Westen Deutschlands auch Baden-Württemberg direkt und indirekt betroffen ist. Das heißt, dass der eine Weg demokratisch fundiert sein kann, dass wir das Grundgesetz ändern, um durch nationalen Volksentscheid die föderalen Gebietsgrenzen neu zu ordnen und die Zahl der Länder nennenswert zu verringern.

Der zweite Weg könnte sein, dass in Berlin und Brandenburg nicht mehr das Volk entscheidet, sondern dass Parlamente entscheiden – repräsentativ.

Der dritte Weg, der mir wichtig ist: Wenn derzeit Berlin in Karlsruhe klagt und eine Entschuldung beantragt, sehen wir eine Entschuldung ohne Länderneugliederung nicht ein. Wenn aber Brandenburg zum Beispiel in einem Bundesland Berlin-Brandenburg aufgeht, dann kann ich mir vorstellen, dass die Steigerung der Pro-Kopf-Verschuldung der Brandenburger national getragen wird und nicht alleine eine Belastung des Landes bleibt. Dann, und nur dann, ist nach meiner Einschätzung ein Anreiz einer nationalen Finanzentlastung gegeben und auch ein Argument, damit die entsprechende Mehrheit zustande kommen kann.

Kurzum: Es kommt Bewegung in die Ländergrenzen. Ich glaube, dass Baden-Württemberg hier aus gutem Grund moderat Anstöße und Impulse geben kann. Denn wir haben unsere Aufgaben durch unsere Großeltern schon vor 50 Jahren erfüllt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Was machen wir im Land aus der Föderalismusreform? Die Umsetzung bietet uns die Chance, unserer Landespolitik ein schärferes Profil zu geben und mit anderen Ländern in einen Wettbewerb einzutreten, von dem alle profitieren. Wenn die Föderalismusreform gelingt, haben wir die einmalige Chance, die Landespolitik, den Landtag, die Landesregierung, unsere Arbeit deutlich aufzuwerten. Die Regierung will dabei Partner und treibende Kraft sein. Noch

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

im Herbst wollen wir dem Landtag konkret sagen, in welchen Rechtsgebieten wir den neuen Spielraum nach der Reform nutzen wollen. Wir werden auch unsere Zusage einlösen, die Rechtsetzung wieder zu stärken. Wichtige Fragen der Politik sollen von den gewählten Volksvertretern entschieden werden und nicht auf dem Verordnungsweg durch die Exekutive.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, der FDP/DVP und der SPD)

Wir bauen die Zahl der Verordnungen und die Zahl der Verordnungsermächtigungen in künftigen Gesetzen nachhaltig ab.

Eine andere Baustelle der Bundespolitik ist der Bürokratie- und Standardabbau. Die Forderung nach einem konsequenten Abbau von Bürokratie und Standards ist mehr als nur eine Floskel. Wir beschäftigen uns immer mehr mit uns selbst und setzen noch Standards, die wir uns eigentlich nicht mehr leisten können.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wir wollen deswegen die Bundesregierung unterstützen. Bürokratie- und Standardabbau ist jetzt notwendig. Wir haben dafür Vorarbeiten geleistet. Wir erwarten, dass die Bundesregierung Ernst macht und nicht neue Vorschriften aufbaut, sondern bestehende abbaut. Wenn der Bund den Ländern und Kommunen schon kein Geld geben kann, ist mehr Luft zum Atmen, sind Freiraum und weniger Bürokratie die beste Förderung von Landes-, Kommunal- und Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dass das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, das in diesen Tagen beraten wird, in Gegensatz zu diesen Zielen steht, ist allseits erkannt. Deswegen werbe ich bei unserem Koalitionspartner in Berlin dafür, das Draufsatteln auch hier noch zu überprüfen. Ich halte das, was in diesem Entwurf steht, für Mittelstand und Handwerk für unzumutbar. Im Rahmen unserer rechtlichen Möglichkeiten arbeiten wir im Bundesrat dahin gehend, dass das Gesetz nicht im Verhältnis 1 : 1 mit den draufgesattelten Elementen in die Realität unserer Arbeitswelt kommt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP und des Abg. Oswald Metzger GRÜNE)

Der Bundesfinanzminister hat seinen Entwurf zum Unternehmensteuerrecht vorgelegt. Wir glauben, dass hierüber noch in diesem Jahr entschieden werden muss. Es geht um eine grundlegende Reform mit dem Ziel weltweit wettbewerbsfähiger Steuersätze, wie es im Koalitionsvertrag auf Bundesebene vereinbart ist.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass der Steuersatz für die Körperschaften in der ersten Stufe auf unter 30 % gesenkt werden soll. Wir halten eine zweite Stufe mit einem Steuersatz von dann nur noch 25 % für notwendig, damit die Abwanderung nach Österreich und in andere europäische Nachbarstaaten weitgehend verhindert werden kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir brauchen international wettbewerbsfähige Steuersätze für Kapitalgesellschaften, müssen aber im Sinne einer rechtsformneutralen Besteuerung auch die Personenbetriebe

(Abg. Dr. Ulrich Noll FDP/DVP: Genau!)

und andere Rechtsformen in diese Reform einbeziehen. Die Investitionsrücklage – für Personenbetriebe – reicht dafür nicht aus. Deswegen wollen wir die Optionslösung: Die OHG und die KG sollen entscheiden dürfen, ob sie die Einkommensteuer oder aber die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer nutzen.

Zur Gewerbesteuer sage ich klar: Ein befriedigendes Konzept zu ihrer ersatzlosen Streichung liegt noch nicht auf dem Tisch. Wer sie aber wie wir mittelfristig abschaffen will, darf sie jetzt nicht zementieren und verbreitern. Deswegen lehnen wir die deutliche Verbreiterung im Konzept von Steinbrück ausdrücklich ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Die Kosten der Arbeitsmarktreformen laufen aus dem Ruder. Die Fortentwicklung des SGB II ist zwar ein erster Schritt in die richtige Richtung, aber wir glauben, dass eine weitere Kostenbegrenzung notwendig ist.

(Abg. Ute Vogt SPD: Das hat er alles schon einmal gesagt!)

Wir fordern von der Bundesregierung ausdrücklich, dass sie ihre Zusage an die Kommunen einlöst. Diese Zusage lautete, dass durch Hartz IV und das SGB II Entlastungen in Höhe von 2,5 Milliarden € entstehen. Diese werden bisher nicht erreicht. Das Gegenteil tritt ein. Die Kommunen haben uns als Partner, damit durch weitere Reformen im SGB-Bereich eine Entlastung der Kommunen auch wirklich gelingt.

Kein Geheimnis ist es, dass uns, der Landesregierung, die Festlegungen der großen Koalition zum Arbeits- und Tarifrecht längst nicht weit genug gehen. Meine feste Überzeugung ist: Ohne eine deutliche Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und des Arbeitsrechts werden wir die Arbeitslosigkeit nicht in den Griff bekommen, wird die Abwanderung weiter die Regel sein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Hier wäre weniger mehr. Wir glauben, dass weniger Tarifrecht, Kündigungsschutzrecht und Arbeitsrecht zu mehr Arbeitsplätzen, zu mehr Beschäftigung führen.

(Zuruf des Abg. Norbert Zeller SPD)

Wir drängen die Bundesregierung, in einem zweiten Schritt mehr zu tun, als dazu in der Koalitionsvereinbarung steht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Kapital unseres gemeinsamen Landes sind seine Menschen. Ihnen, den Mitbürgern,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Und Mitbürgerinnen!)

(Ministerpräsident Günther Oettinger)

verdanken wir unseren Reichtum an kreativen Ideen, verdanken wir kulturelle Leistungen, verdanken wir eine integrative Gesellschaft, soziale Partnerschaft und hohe Lebensqualität.

Mit Stolz präsentieren wir uns in diesen Tagen als „Deutschlands schönste Fankurve“. Unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger als Mitgastgeber vermitteln der ganzen Welt über Fernsehbilder und vor Ort ein sympathisches, lebenswertes, erfolgreiches Land Baden-Württemberg. Trauen wir gemeinsam diesen Menschen auch in Zukunft viel zu! Wir sind nicht nur gute Gastgeber, wir können nicht nur ausgelassen feiern. Wir sind auch für die Zukunft mit Fleiß, Tatkraft und Energie, mit Weltoffenheit und Innovation gut vorbereitet.

Unsere Regierungsarbeit will den Erfolg sicherstellen. Dass wir im Südwesten, in Baden-Württemberg, Erfolg kennen, zeigt der Stuttgarter Jürgen Klinsmann.

(Zurufe von der SPD, u. a.: Der Geislinger!)

Hart, aber konsequent und charmant hat er sein Konzept einer Reformpolitik für den deutschen Fußball auch gegen Widerstände von Funktionären durchgesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Unruhe)

Konsequenz im Anstreben von Zielen, Aufgeschlossenheit, Dialogfähigkeit und Partnerschaft werden auch die Devise unserer Landesregierung sein.

(Zurufe von der SPD)

Wir sind gut aufgestellt. Unser Abwehrbollwerk steht. Angriffe auf das, was wir im Land hart erarbeitet haben, wer-

den wir fair, aber entschlossen abgrätschen. Unser kreatives Mittelfeld aus Mittelständlern und Global Players legt die Grundlage für ein erfolgreiches Spiel. Und im Sturm haben wir Vollstreckertypen,

(Abg. Ute Vogt SPD: Das stimmt!)

die gekonnt die Gegner ausspielen und Tore machen – in Berlin, in Brüssel und anderswo.

(Zuruf des Abg. Reinhold Gall SPD)

In diesem Sinne setzen wir auf Sieg – von Spiel zu Spiel und auch in der Politik. Wir wollen, dass Baden-Württemberg und der Fußball in Berlin ankommen.

Ich danke Ihnen für Ihre Geduld.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Peter Straub: Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung angelangt.

Die nächsten Plenarsitzungen finden am 28. und 29. Juni 2006 statt.

Am 28. Juni erfolgt zunächst die Aussprache über die Regierungserklärung. Anschließend finden Wahlen zu einigen Gremien statt.

Die Plenarsitzung am 29. Juni beginnt mit zwei von der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD beantragten Aktuellen Debatten. Anschließend wird allgemeiner Beratungsstoff behandelt.

Ich danke Ihnen und schließe die Sitzung.

Schluss: 11:38 Uhr